

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 1 / 2
Fachbereich Büro Bürgermeister / FB 5
Bearbeitet von: Herrn Runge / Herrn Hülsmann

Datum
15.04.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

08.05.2002

Betreff:

**Schließung bzw. Neuorganisation des Sozialamtes
Anregung / Beschwerde des Herrn Roland Meyer vom 05.04.2002 gem. § 24
GO NW sowie Ergänzungsschreiben vom 13.04.2002**

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, gem. Anlage II, Buchst. A, Ziff. 2b und 3a ,von einer sachlichen Prüfung der Anregung / Beschwerde gem. § 24 GO NW abzusehen.

Der Haupt- und Finanzausschuss erklärt die Anregung damit für erledigt.

Sachverhalt / Begründung:

Der Petent regt mit Schreiben vom 05.04.2002 an, das Sozialamt der Stadt Siegen zu schließen und die Aufgabenbereiche innerhalb der Verwaltung anderweitig zu integrieren. Alternativ fordert er, die derzeitigen Mitarbeiter durch neue Mitarbeiter zu ersetzen.

Gemäß § 24 Abs. 1 GO NW hat jeder das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Anregungen oder Beschwerden in Angelegenheiten der Gemeinde an den Rat zu wenden, wobei die Zuständigkeiten der Ausschüsse und des Bürgermeisters hierdurch nicht berührt werden.

Die näheren Einzelheiten regelt gemäß § 24 Abs. 2 GO NW die Hauptsatzung.

Gemäß § 62 Abs. 1, S. 2 GO NW ist der Bürgermeister verantwortlich für die Leitung und Beaufsichtigung des Geschäftsgangs der gesamten Verwaltung. Durch den Organisationsplan kann der Bürgermeister die Verwaltung unter Beachtung des in § 75 GO NW herausgestellten Grundsatz der Erfordernisse einer wirtschaftlichen und sparsamen Verwaltung unterteilen und im einzelnen bestimmen, welche Aufgaben von den einzelnen Verwaltungseinheiten wahrzunehmen sind. Diese Organisationsbefugnis kann der Rat dem Bürgermeister nicht entziehen.

Im Rahmen seiner Organisationshoheit regelt der Bürgermeister gem. § 62 Abs. 1, S.3 GO NW den Einsatz der Beamten, Angestellten und Arbeiter.
Darüber hinaus ist der Bürgermeister gem. § 73 Abs. 2 GO NW Dienst- und Disziplinarvorgesetzter aller Beamten, Angestellten und Arbeiter.

Gemäß Anlage II, Buchst. A, Ziff. 2b zur Hauptsatzung der Stadt Siegen sieht der Ausschuss von einer sachlichen Prüfung der Anregung oder Beschwerde ab und weist sie zurück, wenn der Rat für die Behandlung der Anregung oder Beschwerde sachlich oder örtlich nicht zuständig ist.

Die angesprochene organisatorischen und/oder personalwirtschaftlichen Veränderungen obliegen im wesentlichen dem Bürgermeister. Ein sachgerechter Grund der Eingabe zu folgen, liegt nicht vor.

Eine Änderung der Geschäftsverteilung aufgrund der vorliegenden Petition wird nicht vorgeschlagen.

Darüber hinaus hat sich der Petent in Angelegenheiten seiner Sache sowohl mit der Einlegung von zwei Widersprüchen gegen die Ablehnung von Beihilfen, sowie gegen die Anrechnung von Einnahmen, als auch mit der Erhebung von drei Dienstaufsichtsbeschwerden gegen Mitarbeiter des Sozialamtes, gewehrt.

Den Widersprüchen konnte nicht abgeholfen werden, so dass sie dem Kreis Siegen-Wittgenstein als Widerspruchsbehörde zur Entscheidung vorgelegt wurden. Die Dienstaufsichtsbeschwerden sind als unbegründet zurückgewiesen worden.

Gemäß Anlage II, Buchst. A, Ziff 3a kann daher der Ausschuss von einer sachlichen Prüfung der Anregung oder Beschwerde absehen und sie zurückweisen, wenn sie sich gegen Verwaltungshandeln richtet, gegen welche Rechtsmittel oder Rechtsbehelfe eingelegt werden können.

Bezüglich des Ergänzungsschreibens vom 13.04.2002 ist anzumerken, dass für die Berufung einer Vertrauensperson aus dem Kreis der Hilfeempfänger keine Notwendigkeit gesehen wird.

Ein solches Konstrukt sehen weder das Bundessozialhilfegesetz noch das Sozialgesetzbuch vor.

Darüber hinaus ist festzustellen, dass in Streitfällen der Rechtsweg offen steht, grds. jedoch die rechtmäßige und korrekte Sachbearbeitung konstatiert wird.

Es wird daher vorgeschlagen, der Anregung/Beschwerde nicht zu folgen und diese für erledigt zu erklären.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Ulf Stötzel

Anlagen: